



Deutscher Bildungsrat (Hg.) 1970: Strukturplan für das Bildungswesen, Stuttgart.

Keller, Andreas 2007: Tempo, Qualität, Akzeptanz? Deutsche Bologna-Entwicklung auf dem Prüfstand, in: Forum Wissenschaft 3/07, S. 40–41.

Picht, Georg 1964: Die deutsche Bildungskatastrophe, Olten.

Salomon, Alice 1902: Soziale Frauenpflichten, Berlin.



Demokratisierung der Hochschulen: Der Beitrag der Reformbewegung 1989/1990 in der DDR

Peer Pasternack

Die Demokratisierung von Hochschulen wird häufig im Sinne einer Steigerung der Mitbestimmung unterrepräsentierter Hochschulgruppen verstanden, allenfalls noch ergänzt um das (Einfluss-)Verhältnis von Hochschule und Staat. Das ist nicht falsch, aber verkürzt: Es fokussiert auf (zunächst) formale Aspekte und Steuerungsmodi. Demokratie als die Herstellung legitimer Entscheidungen wird jedoch nicht um ihrer selbst willen betrieben, sondern zur Durchsetzung inhaltlicher Anliegen. Daher sind zwei weitere Dimensionen gleichberechtigt in die Betrachtung einzubeziehen: zum einen die über Hochschulen vermittelte Verteilung gesellschaftlicher Teilhabechancen, zum anderen das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft.

Werden nun die ostdeutschen Hochschulen im letzten Jahr der DDR – vom Herbst 1989 bis zum 3. Oktober 1990 – betrachtet, so widmet man sich einer historischen Ausnahmekonstellation. Ein zuvor 40 Jahre lang gewachsener staatlicher Rahmen war zusammengebrochen und noch nicht ersetzt durch einen neuen Rahmen. Es war ein Jahr, das in der Erinnerung als weitgehend gesetzefrei und gestaltungsoffen verankert ist. Insbesondere die gleichsam spontane Demokratisierung der Hochschulen wird vor der Folie der dann nachfolgenden Entwicklungen als euphorischer Vorgang erinnert. Welche Beiträge aber erbrachte die Reformbewegung an den DDR-Hochschulen im Jahre 1989/1990 tatsächlich zur Geschichte der Hochschuldemokratisierung?

„Demokratische Erneuerung“

In der DDR hatte sich mit der Hochschule als Lehrstätte nicht allein ein fachlicher, sondern wesentlich auch ein politischer Auftrag verbunden: Die mit einer Basisausstattung „sozialistischer Persönlichkeiten“ von der Schule gekommenen Studierenden sollten zur „sozialistischen Intelligenz“ vollendet werden. Die Lehrenden an den Hochschulen sahen sich als Vollzugspersonal dieses Auftrags in Dienst genommen (vgl. § 1 Abs. 1 und 2 Hochschul-lehrerberufungsverordnung 1968). Mit dem Ende des realsozialistischen Systems wurden Auftrag wie Indienstnahme obsolet. Stattdessen sollte es nun, so seinerzeitige Umgestaltungsakteure, um die „Rückgewinnung einer geistigen Atmosphäre“ gehen, die den „geistige(n) Hintergrund vom Rechts-

staat bis zur aktiven Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft ständig neu universitär vorzubereiten“ vermöge (Zwiener 1992: 63). Die so benannten Ansprüche hatten sich alsbald in einem Begriff verdichtet: *demokratische Erneuerung*. Doch was genau war unter dem Demokratischen hieran verstanden worden?

Die eher zur Kritik staatlichen Handelns neigenden innerhochschulischen Akteure hatten immer wieder einen Punkt kritisiert: Die Obstruktionen seitens der politischen Administrationen hätten authentische demokratische Formen unterlaufen, wie sie 1989/90 an den Hochschulen selbst entwickelt worden waren. Als empirische Belege wurden vornehmlich viertelparitätische oder vergleichbare Gremienzusammensetzungen, Vetorechte oder Sperrminoritäten in den Selbstverwaltungsgremien, die Studentenräte mit ihrem personalisierten Mehrheitswahlrecht oder Runde-Tisch-ähnliche Kommissionen genannt. Auch die staatlichen Maßnahmen wurden ausdrücklich über ihren demokratischen Charakter legitimiert – wenn etwa DDR-Bildungsminister Meyer den Abberufungs-Beschluss für alle Hochschullehrer für Marxismus-Leninismus vom Mai 1990 als eine „notwendige Maßnahme in einer außergewöhnlichen Situation [...], die aber im Hinblick auf die demokratische Erneuerung [...] unumgänglich ist“, bezeichnete (Meyer 1990: 40). Mithilfe des Demokratiepostulats konnte eine deutliche Konfliktglättung innerhalb des Umbauprozesses der Hochschulen erreicht werden. Das Postulat sicherte die Annahme ab, trotz unterschiedlicher Interessen gebe es einen gemeinsamen Grundbestand an Prozessverständnis. Zudem mobilisierte der permanente Demokratie-Bezug legitimatorisches Potenzial für die Modalitäten des ostdeutschen Hochschulumbaus.

Damit wird aber auch der entscheidende Dissens über den demokratischen Charakter der *demokratischen Erneuerung* deutlich. Er bestand in einer widerstreitenden Verknüpfung von Zieldefinitionen und Prozessinstrumentierung für den grundsätzlich nicht im Streite stehenden Hochschulumbau. Für die einen bedeutete das Leitbild *demokratische Erneuerung* primär die Beschreibung eines zu erreichenden Zustandes: Die Hochschulen sollten erneuert werden, um hinfort demokratische sein zu können; dabei müsse ggf. eine zeitweilige Suspendierung demokratischer Regeln um des übergeordneten Reformzweckes willen in Kauf genommen werden. Für die anderen beschrieb *demokratische Erneuerung* nicht allein die Zielprojektion, sondern auch bereits den dorthin zurückzulegenden Weg: Die Hochschulen könnten nur dann demokratische werden, wenn der Erneuerungsvorgang selbst schon den Maßstäben genüge, die diesbezüglich billigerweise anzulegen seien (vgl. ausführlicher Pasternack 1999).

Demokratisierungsimpulse und -hemmnisse

Die Akzeptanz der Einführung der Demokratie an den ostdeutschen Hochschulen beruhte weithin auf einem Missverständnis. Demokratie wurde in erster Linie als Freiheit für die eigene Meinung verstanden, nicht aber unbedingt als Freiheit für die anderen Meinungen. Die eigene Meinung war meist eine, die in der DDR unterdrückt war – bzw. unterdrückt gewesen wäre, wenn man sie damals schon gehabt hätte. Damit schien sie vielfach legitimiert genug, nunmehr zur herrschenden Meinung erhoben zu werden. Die anderen, davon abweichenden Meinungen konnten dann in dieser schlichten Logik nur, in irgendeiner Weise, dem alten System verhaftet sein. Sie zu unterdrücken, schien mithin fraglos legitim. Für rationale Diskurse waren das nicht die besten Voraussetzungen.

Gleichwohl gab es durchaus vielfältige innerhochschulische Reformbestrebungen. Sie bezogen sich sowohl auf inhaltliche wie strukturelle wie personelle Erneuerungen. Neue Fachbereichsstrukturen, durch Originalität ausgezeichnete Studienprogramme sowie interdisziplinäre Strukturvorstellungen wurden entwickelt. Der (Wieder-)Organisation einer akademischen Selbstverwaltung erreichte vielfach eine an deutschen Universitäten ungekannte demokratische Substanz. Rehabilitierungskommissionen nahmen an den Hochschulen ihre Arbeit auf, um politische Sanktionen aufzuarbeiten, die Hochschulangehörige in den DDR-Jahrzehnten erlitten hatten. Funktionsträgerinnen und -träger wurden verpflichtet, gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, z.T. auch Studierenden die Vertrauensfrage zu stellen. Hochschulleitungen wurden neu – nun demokratisch – gewählt. Die Hochschulverfassungsdiskussionen waren über weite Strecken sehr demokratisch geprägt und zeichneten sich mitunter durch Originalität aus: Konzile wurden mit Viertelparitäten gewählt, die DDR-Professorenschaft fand sich zu demokratischen Verfahren gedrängt, und die neuen Universitätsverfassungen schrieben plebiszitäre Fingerübungen fest (vgl. GEW 1991).

Zugleich gab es gegenläufige Tendenzen. Strukturelle Erneuerung wurde – professoral dominiert – bereits 1990 vielfach als konservative Modernisierung betrieben. Inhaltliche Neuorientierungen trugen oftmals zum nicht geringen Teil den Ballast tradiertter Befangenheiten in sich oder waren lediglich auf möglichst vollkommene Anpassung an die in Westdeutschland dominierenden Trends gerichtet. Die personelle Selbsterneuerung der Hochschulen wurde von unterschiedlichen Seiten hintertrieben. Seitens der politischen Administration gab es einerseits



kein tatsächliches Interesse an einer Erneuerung der *vorhandenen* Hochschulen. Dieses nicht vorhandene Interesse verweist auf ein Charakteristikum der Situation: Der Versuch einer eigenständigen Erneuerung an den Hochschulen und Instituten stellte angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem anderen einen Anachronismus dar. Dieser Versuch hätte nur gelingen können, wenn er mit einer Aufarbeitung eigener Vergangenheit und offener-öffentlicher Selbstbefragung verbunden gewesen wäre. Dafür aber gab es kein entsprechendes sozialatmosphärisches Umfeld. Dieses war vielmehr durch Verdrängung einerseits und Abrechnungsbestrebungen andererseits geprägt. Verwunderlich wäre gewesen, wenn sich ausgerechnet die Hochschulen diesem situativen Druck hätten entziehen können.

So war es dann nahe liegend, dass die politischen Instanzen andererseits vornehmlich Insuffizienzen in den hochschulischen Erneuerungsprozessen sahen. Der Vorwurf an die Hochschulen lautete, sie hätten trotz genügender Zeit keine zureichenden Anstrengungen zur Selbsterneuerung unternommen. Festgehalten werden kann: Die Hochschulen hatten 1990 durchaus Selbstreformversuche unternommen, die jedoch – in der Tat – zumindest gebremst waren. Wie ist diese Gebremstheit zu erklären? Vor allem anderen ist hier auf die begrenzten Eigenreformpotenziale von Hochschulen überhaupt (und namentlich der deutschen) hinzuweisen. Es trat hervor, was auch westdeutsche Erfahrung ist: Hochschulen sind zu sehr in sich selbst verankert, als dass sie sich aus sich selbst heraus erneuern könnten. Ohne das Zusammentreffen von innerhochschulischen und außerhochschulischen Erneuerungsimpulsen muss das Unterfangen notwendig in Ansätzen stecken bleiben.

Von politischer Seite wurde zudem eine solche hochschulinterne Selbsterneuerung verlangt, die eine soziale, berufliche, akademische Perspektive für die potenziellen Erneuerer weder garantierte noch kalkulierbare Prognosen darüber ermöglichte. Als bald war hingegen zu vermuten: Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatten mehr zu verlieren als ihre Ketten. Nicht allein der Gewinn wissenschaftlicher Freiheit stand ins Haus. Es drohte auch, zumindest für einen Großteil, der Verlust des Arbeitsplatzes. Schließlich: Der Reformeifer der „management- und politikerfahrenen alten Kader“ musste „dadurch gebremst sein, daß sich nicht wenige von ihnen selber hätten abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung ernst gemacht hätten“ (Neidhardt 1994: 38).

Studentische Demokratisierung

Deutlich anders verhielten sich die Dinge bei den Studierenden. Als dritte Generation der DDR unter permanenter staatssozialistischer Indoktrination sozialisiert, in rigide wirkenden, zusätzlich disziplinierenden Ausleseprozessen an die Hochschule gelangt und dort in ein verschultes Studiensystem integriert, hatten die Studierenden ein bedeutendes Maß an Fremdwangsteuerung internalisiert (vgl. Sieber/Freytag 1993: 15–52). Umso mehr überrascht es, dass sie dann nach kurzer Zeit auch Selbststeuerungspotenziale zu mobilisieren vermochten.

Eine inhaltliche Erklärung für die studentische Bereitschaft zu gestalterischem Handeln ab Mitte Oktober 1989 findet sich in dem Umstand, dass die Identifikation der DDR-Studierenden mit dem System bereits in den letzten Jahren zuvor rapide abgenommen hatte. In den achtziger Jahren war – nach den Untersuchungen *Studentenintervallstudie 1977* und *Student 89* – unter den DDR-Studierenden ein signifikanter Ablösungsprozess von der SED- und Staatsführung zu beobachten (Starke 1992: 16f.). Die Studierenden sahen nun, im Umbruch, zunächst vor allem eine Chance: Liberalisierungen der erstarrten Strukturen selbstbestimmt mit vorantreiben und nutzen zu können (vgl. Heublein 1992). Noch in den Herbstwochen des Jahres 1989 wurden auf Initiative der Studierenden Pflichtsport, Pflichtfremdsprachenausbildung (das bezog sich vor allem auf Russisch) und Marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium (MLG) abgeschafft. In den Gremien zahlreicher Hochschulen sollten die studentischen Vertreterinnen und Vertreter in der Folgezeit permanente Impulsgeber werden (vgl. ausführlicher Füller 1991: 52–68, ders. 2000 und Küpper 1993: 109–117).

Die Organisationsfrage ist zentral in einer Revolution – das hatten die DDR-Studierenden in den Zwangsvorlesungen zur KPdSU-Geschichte gehört. Sie griffen daher das herrschaftlich angemaßte studentische Vertretungsmonopol der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an, entwickelten in Gestalt der Studentenräte, später *StudentInnenRäte* (StuRa/StuRä) ein eigenständiges Organisationsmodell und setzten es durch.¹ Fortan waren sie zumindest an den Hochschulen die erste und längere Zeit einzige Gruppe, die als Gruppe auftrat, und waren damit allen anderen Gruppen an den DDR-Hochschulen zeitlich weit voraus. Die eigenständige Abschaffung der

1 Eine ausführliche Auseinandersetzung hiermit findet sich in den Kapiteln „Die DDR-Studenten im Herbst 89“ und „Die Studentenbewegung zwischen Anspruch und Realität“ in Sieber/Freytag 1993: 71–147.



Studierendenfremdverwaltung und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung, indem unabhängige StudentInnenRäte gebildet wurden, war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande. Es folgte der Niedergang der von einer breiten Basis getragenen emanzipatorischen Bewegung in der DDR. Die damit einhergehenden Desillusionierungen spiegelten sich dann auch an den Hochschulen und innerhalb der Studierendenschaft des Landes. Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 mit dem allgemein überraschenden Wahlerfolg der vormaligen Blockpartei CDU, die eine schnelle deutsche Vereinigung anstrebte, markierte dabei eine entscheidende Zäsur. Deutlicher, meinten viele, könne das Streben nach selbstbestimmter gesellschaftlicher Entwicklung nicht torpediert werden. Der resignative Rückzug vieler politischer Akteure war die Folge. Das bekamen auch die StudentInnenRäte zu spüren.

Die Verbleibenden freilich versuchten, sich in ihrer Arbeit situationsadäquat zu orientieren. Eine verstärkte Orientierung auf die unmittelbaren sozialen Interessen der Studierendenschaft war dafür kennzeichnend. So war etwa die Studienfinanzierung in dieser Zeit ein Dauerthema. Bald deuteten sich auch die ersten sozialen Friktionen an. Die Liberalisierung der Preise setzte ein. Betriebe begannen mit Entlassungen und ließen mithin nicht erwarten, dass sie Hochschulabsolventinnen und -absolventen einstellen würden. An diesem Punkt gab es einen Umschlag vom eher spielerischen Umgang mit den neuen politischen Möglichkeiten zur Orientierung auf – nun als existenziell notwendig empfundene – knallharte soziale Interessenvertretung. Dadurch ließ sich das bereits spürbare Abflauen der anfänglichen Beteiligungseuphorie noch etwas hinauszögern. Insgesamt konnte es aber nicht aufgehalten werden. Die studentischen Handlungsformen waren nun dominiert von pragmatischer Gremienarbeit und wurden phasenweise koloriert durch Aktionen in den Mustern klassischer studentischer Protestformen: Vorlesungsstreik, Demo, Uni-Blockade, Sit-in/Hochschulbesetzung. Das anfangs hoffnungsvoll stark basisgetragene studentische Bewegtsein fand in diesen Abläufen relativ schnell zu westdeutscher Normalität: Beteiligung an der Interessenvertretung war alsbald Sache einiger weniger (vgl. hierzu ausführlicher: Pasternack 2000).

Personaldebatten

In der Koalitionsvereinbarung für die letzte DDR-Regierung (April bis Oktober 1990) hatte ein weiteres Thema der Wissenschaftspolitik einen zentralen Platz eingenommen: „Es ist ein rechtsstaatliches Verfahren zu fin-



den, das einen personellen Neuanfang in Lehre und Forschung sowie den Prozeß der Demokratisierung ermöglicht“, hieß es dort (Koalitionsvereinbarung 1990: 480 f.). Das derart avisierte Verfahren wurde während der Amtszeit dieser Regierung nicht gefunden. Bei betont wertfreier Betrachtung ließen sich Ansätze zu einem solchen dann im Einigungsvertrag entdecken, wo es heißt: „Die ordentliche Kündigung eines Arbeitsverhältnisses in der öffentlichen Verwaltung ist auch zulässig, wenn [...] der Arbeitnehmer wegen mangelnder fachlicher Qualifikation oder persönlicher Eignung den Anforderungen nicht entspricht“ (Anl. 1 Kap. XIX Sachgebiet A Abschn. III Ziff. 1 Abs. 4 Nr. 1 Einigungsvertrag).

Innerhalb der Hochschulen allerdings waren alsbald Dichotomisierungen zu beobachten, die Erneuerungsdebatten schließlich an der Konstruktion einander gegenüberstehender Kollektivakteure festmachten. Zuerst war die Trennlinie zwischen früheren SED-Mitgliedern und Nicht-SED-Mitgliedern dominierend. Dann wurden Naturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und Gesellschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler als geborene Träger guter bzw. schlechter Eigenschaften definiert. Der erste größere Struktureingriff im Dezember 1990 trennte fortan Abgewickelte und Nichtabgewickelte. Mit den Überprüfungen durch die Personalkommissionen fand auch an den Hochschulen die Opfer/Täter-Dichotomie Eingang. Hier korrespondierte eine Selbstheroisierung derjenigen, die sich in der DDR politisch herauszuhalten versucht hatten, mit einer Dämonisierung derjenigen, die als per se verantwortlich betrachtet wurden.

Solchen Perspektiven waren ebenso Politiker verhaftet, etwa wenn der sächsische Wissenschaftsminister forderte: „Maßgebend für die [Weiterbeschäftigungs-]Entscheidung ist [...] die Erwartung, dass die Betroffenen vorbehaltlos [*sic!*] für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten“ (SMWK 1990: 2). Eine derartige Formulierung musste erstauen, da Demokratisierung damals weithin mit der Auffassung verbunden war, die Zeit der administrativen Abschaffung von Vorbehalten sei vorbei.

Fazit

Um die Freiheit von Forschung und Lehre, weitgehend unbegrenzten Hochschulzugang und Internationalität in alle Richtungen durchzusetzen, hatte es der deutschen Neuvereinigung nicht bedurft: Diese Grundvoraussetzungen freier Wissenschaft und Hochschulbildung waren bereits zuvor, im letzten Jahr der DDR in dieser selbst, hergestellt worden. Auch darüber hinausgehende Aktivitäten liefen zwar unter dem Label „Demokratische



Erneuerung“, wurden aber durch einen zentralen politischen Konflikt grundiert: Hielten es die einen für eine unerlässliche Bedingung der Herstellung demokratischer Hochschulverhältnisse, das demokratische Ziel mit demokratischen Verfahren zu erreichen, so sahen die anderen mit genau diesen demokratischen Verfahren das demokratische Ziel gefährdet. Runde Tische waren Phänomene des Übergangs, ebenso die Beschränkung professoraler Dominanz. Sie konnten zeitweise durchgesetzt werden, weil an die Stelle zusammengebrochener Institutionen des alten Regimes noch keine neuen Institutionen getreten waren. Selbst institutionenbildend wurden die Umgestaltungsakteure indes nicht – mit einer Ausnahme: den Studierenden.

Am Anfang studentischen Bewegtseins in Ostdeutschland hatte die Emanzipation von den Wertvorstellungen und Institutionen des real-sozialistischen Systems gestanden. Dieser Prozess war naturgemäß *auch* geprägt durch Verhaltensformen und Affinitäten, die zu dem gehörten, von dem es sich zu emanzipieren galt. Zugleich konstituierte sich die Studierendenschaft sukzessive als soziale Gruppe, die Ansprüche an die Gesellschaft hatte, diese formulierte und deren Erfüllung einforderte. Die eigenständige Abschaffung der DDR-typischen Studierendenfremdverwaltung und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung, indem unabhängige StudentInnenRäte gebildet wurden, war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande. Nach einer euphorischen Aufbruchphase kam es zur Pragmatisierung der Ansprüche. Dies geschah im Zusammenhang mit alsbald einsetzenden gesellschaftlichen Verteilungskämpfen und war von daher stark auf soziale Interessen konzentriert. Das Organisationsmodell StudentInnenRat existiert, mit Adaptionen, bis heute an den meisten ostdeutschen Hochschulen.

Literatur

- Füller, Christian 1991: Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989–1990. Überarbeitete Fassung der Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft, FU Berlin, Berlin, unveröffentlicht.
- Füller, Christian 2000: Jan – oder das kurze Glück politischer Emanzipation: Die Demokratisierungsimpulse aus der DDR-StudentInnenschaft 1989/90, in: Pasternack, Peer/Neie, Thomas (Hg.) 2000: stud. ost 1989–1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig, S. 15–27.
- GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hg.) 1991: Hochschulverfassungen in den neuen Bundesländern, Dokumentation, zusammengestellt von Daisy Mottek, Berlin.
- Hochschullehrerberufungsverordnung, Verordnung über die Berufung und die Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen, in: Gesetzblatt der DDR Teil II Nr. 27, 13.12.1968.



- Heublein, Ulrich 1992: Gesellschaftsbild und gesellschaftlich-politische Einstellungen ostdeutscher Studierender zur Zeit der Wende, hrsg. von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern, Halle/S.
- Koalitionsvereinbarung der DDR-Regierungsparteien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik vom 12. April 1990 (Auszüge), in: Anweiler, Oskar/Fuchs, Hans-Jürgen/Dorner, Martina/Petermann, Eberhard: Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Opladen, S. 480 f.
- Küpper, Mechthild 1993: Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform, o.O. [Berlin].
- Meyer, Hans Joachim: [Brief an den Rektor der Karl-Marx-Universität], 12.6.1990, dokumentiert in: StudentInnenrat der Universität Leipzig (Hg.): Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. Textsammlung. Unkommentiert, Leipzig, S. 40 f.
- Ministerium für Bildung: Demokratische Mitbestimmung der Studenten, o.O. [Berlin], 7.12.1989, unveröffentlicht.
- Neidhardt, Friedhelm 1994: Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990–1993, in: Mayntz, Renate (Hg.) 1994: Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a.M., S. 33–60.
- Pasternack, Peer 1999: „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim.
- Pasternack, Peer 2000: Die StuRa-StoRy. Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989, in: Pasternack, Peer/Neie, Thomas (Hg.): stud. ost 1989–1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig, S. 28–53.
- Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Der Minister: [Schreiben] An den Rektor der Universität Leipzig. Betr.: Auflösung von Teileinrichtungen Ihrer Hochschule. 12.12.1990, unveröffentlicht.
- Sieber, Malte/Freytag, Ronald 1993: Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89, Berlin.
- Starke, Uta 1992: Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit, in: hochschule ost 8/1992, S. 16–21.
- Zwiener, Ulrich 1992: Die deutschen und europäischen Aufgaben der Universität Jena und eines Collegium Europaeum Jenense, in: Gottwald, Herbert (Hg.): Universität im Aufbruch. Die Alma mater Jenensis als Mittler zwischen Ost und West, Jena/Erlangen, S. 57–79.



MATERIALIEN AUS HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

115 |

Andreas Keller | Sonja Staack | Hrsg.

Innovation durch Partizipation

Steuerung von Hochschulen
und Forschungseinrichtungen
im 21. Jahrhundert

Herausgeber der Reihe „**GEW-Materialien aus Hochschule und Forschung**“
ist der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW), Vorstandsbereich Hochschule und Forschung. In der Reihe erscheinen
Publikationen zu Schwerpunktthemen der gewerkschaftlichen Arbeit in
Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://d-nb.d-db.de>> abrufbar.

Gesamtherstellung und Verlag:

W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG

Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld

Telefon: (05 21) 9 11 01-11, Telefax: (05 21) 9 11 01-19

E-Mail: service@wbv.de, Internet: www.wbv.de







Umschlaggestaltung, Innenlayout & Satz: Christiane Zay, Bielefeld












ISBN 978-3-7639-4202-2 **Best.-Nr. 60.01.590**








© 2009, W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Bielefeld

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Geneh-
migung des Herausgebers und des Verlages in irgendeiner Form reproduziert,
in eine andere Sprache übersetzt, in eine maschinenlesbare Form überführt
oder in körperlicher oder unkörperlicher Form vervielfältigt, bereitgestellt oder
gespeichert werden. Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen, Eigennamen
oder sonstigen Bezeichnungen in diesem Werk berechtigt nicht zu der Annah-
me, dass diese frei verfügbar seien und von jedermann benutzt werden dürfen,
auch wenn diese nicht eigens als solche gekennzeichnet sind

Inhalt

Vorworte	7
<i>Wolfgang Jäger, Hans-Böckler-Stiftung Rolf Dobischat, Deutsches Studentenwerk</i>	
Einleitung	11
<i>Andreas Keller und Sonja Staack</i>	
A Der Muff von vierzig Jahren?	17
Reflexionen zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Hochschulen seit 1968	
	Hochschule in der Demokratie – Demokratie in der Hochschule: Zwischenbilanz eines uneingelösten Vermächtnisses 19
<i>Wolfgang Nitsch</i>	
	Demokratie und Wissenschaftsfreiheit 27
<i>Peter Hauck-Scholz</i>	
	Demokratisierung der Hochschulen: Reflexionen zum Beitrag der feministischen Hochschulfrauenbewegung 35
<i>Gisela Notz</i>	
	Demokratisierung der Hochschulen: Der Beitrag der Reformbewegung 1989/1990 in der DDR 41
<i>Peer Pasternack</i>	
	Zum Symbol „1968“, zum Hochschulumbau und zur studentischen Protestkultur 51
<i>Jan Schröder</i>	
B Handlungsfelder der Mitbestimmung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen	57
Anforderungen an zeitgemäße Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen	
	Personalentwicklung und Personalmanagement an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen 59
<i>Bärbel Rompeltien</i>	

	Hochschulreform – zur Rolle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in der aktuellen Hochschulentwicklung	65
	<i>Marianne Kriszio</i>	
	Gewerkschaftliche Eckpunkte für Berufungsverfahren	71
	<i>Carmen Ludwig</i>	
	Mitbestimmung im Feld Studienreform und Qualitätssicherung	79
	<i>Margret Bülow-Schramm und Konstantin Bender</i>	
	Verfasste Studierendenschaft – ein alter Hut?	85
	<i>Wilhelm Achelpöbler</i>	
	Demokratisierung von Bildung und Wissenschaft durch Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium	93
	<i>Achim Meyer auf der Heyde</i>	
C	Konzepte und Akteure	101
	Wer steuert die Hochschulen wohin?	
	„Das Nähere regelt die Grundordnung“ – Chancen und Risiken der Organisationsautonomie von Hochschulen	103
	<i>Ingrid Lotz-Ahrens</i>	
	Exzellente Forschung – exzellente Mitbestimmung?	
	Zum Karlsruher Institut für Technologie	107
	<i>Wolfgang Eppler</i>	
	Zur Steuerung deregulierter Hochschulen	113
	<i>Mathias Winde</i>	
	Governance-Forschung – eine anwendungsorientierte Wissenschaft?	119
	<i>Barbara M. Kehm und Akiiki Babyesiza</i>	
	Dienstleister für die „unternehmerische Hochschule“?	
	Die Zukunft der Studentenwerke	129
	<i>Eberhard Hoffmann</i>	
	Hochschulräte: Wer sitzt drin und welche Erwartungen können sie erfüllen?	135
	<i>Manfred Wannöffel</i>	

	Alle Macht den Räten? Gesellschaftliche Interessenvertretung in Hochschulräten	
	Warum die Organisation gesellschaftlicher Interessen in Hochschulen so schwer ist	143
	<i>Uwe Schneidewind</i>	
	Mit Hochschulräten näher an der Gesellschaft?	147
	<i>Achim Meyer auf der Heyde</i>	
D	Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen	151
	Partizipation von Gewerkschaften in Hochschule und Forschung	
	Mitbestimmung des Personals an außerhochschulischen Forschungseinrichtungen	153
	<i>Karin Bordasch und Lothar Letsche</i>	
	Mitbestimmung in Europa – Risiken und Chancen	161
	<i>Sebastian Sick</i>	
	Die Arbeit der niedersächsischen Kooperationsstellen von Hochschulen und Gewerkschaften am Beispiel des Projekts ZAUBER	165
	<i>Claudia Schünemann</i>	
	Gewerkschaften als <i>Stakeholder</i> im Bologna-Prozess am Beispiel der Akkreditierung	171
	<i>Hanne Reiner</i>	
E	Partizipatorische Hochschulsteuerung im 21. Jahrhundert	177
	Hochschule in der Demokratie – Demokratie in der Hochschule	
	Eckpunkte eines gewerkschaftlichen Leitbilds für die demokratische und soziale Hochschule	179
	<i>Wolf Jürgen Röder</i>	
	Wir können auch anders	
	Das neue wissenschaftspolitische Programm der Bildungsgewerkschaft GEW als Leitbild für eine alternative Hochschulreform	189
	<i>Andreas Keller</i>	

Anhang	199
Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen öffnen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln, Arbeits- und Studienbedingungen verbessern	
Auszug aus dem Wissenschaftspolitischen Programm der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)	199
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	203

Vorwort

Wolfgang Jäger
Hans-Böckler-Stiftung

„Innovation durch Partizipation“ hieß das Thema unserer Konferenz und heißt der Titel dieses Sammelbandes. Wir benutzen in der Hans-Böckler-Stiftung den Begriff der Partizipation, wenn es darum geht, die vielfältigen Formen von Arbeitnehmerbeteiligung und Arbeitnehmermitwirkung in Europa zu bezeichnen. Für Deutschland verwenden wir den Begriff der Mitbestimmung, der fest mit der institutionalisierten Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen verbunden ist. Die Hans-Böckler-Stiftung ist ein Kind dieser Mitbestimmung und Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Wir können unsere Arbeit machen, weil wir die Abführung der Arbeitnehmervertreter aus den Aufsichtsräten bekommen, ein Mäzenatentum der Arbeitnehmervertreter, an dem sich die Vertreter der Anteilseigner in den Aufsichtsräten endlich mal ein Beispiel nehmen sollten.

Es ist erst wenige Jahre her, dass die Mitbestimmung unter großen Druck geriet. Der damalige BDI-Präsident Rogowski nannte die Mitbestimmung einen „Irrtum der Geschichte“, der zudem der alliierten Einflussnahme nach dem Zweiten Weltkrieg zu verdanken sei. Dies war nicht nur böswillig, sondern schlicht historisch falsch. Mit der Industrialisierung in Deutschland beginnt die Geschichte der Mitbestimmung. Spätestens in der Hochindustrialisierung zeigte sich: Eine höchst anspruchsvolle, diversifizierte Qualitätsproduktion geht nicht ohne Arbeitnehmerbeteiligung. Was in manchen Management-Theorien erst Jahrzehnte später Einzug hielt, bildete sich in den industriellen Beziehungen in Deutschland schon viel früher heraus, wenngleich dieser Prozess auch nicht ohne Rückschläge gewesen ist.

2006 tagte im Auftrag der Bundesregierung die sogenannte „Biedenkopf-Kommission“, um Vorschläge zur Modernisierung der Unternehmensmitbestimmung zu unterbreiten. Es hat bekanntlich kein einvernehmliches Ergebnis der Kommission gegeben, aber die wissenschaftlichen Mitglieder mit Kurt Biedenkopf an der Spitze haben der Mitbestimmung ein gutes Zeugnis ausgestellt. Dies hat sich sogar die Kanzlerin faktisch zu eigen gemacht, als sie auf unserer Veranstaltung am 30. August 2006 die Mitbestimmung als eine große Errungenschaft und als wesentliches Element der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnet hat.

Bei allen aktuellen Problemen und zum Teil auch selbst verschuldeter Kritik, es gibt Rückenwind für die Mitbestimmung, den wir auch mit